

Bahnhofsnahe Plätze - Einschätzungen, Maßnahmen und Konzepte des Dezernates III“

ARBEITSAUFTRÄGE AUS DER DEZERNENT*INNENKONFERENZ
VOM 13.07.2022

BEAUFTRAGTER FÜR SUCHT- UND SUCHTPRÄVENTION, FACHBEREICH
GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE / 56.3

INHALT

1. Übersicht über die vorgeschlagenen Maßnahmen.....	2
2. Auftrag	4
3. Ausgangslage.....	4
4. Angebotskonzept zur Unterstützung wohnungsloser Menschen auf den bahnhofsnahe Plätzen.....	5
4.1. Angebote der Wohnungslosenhilfe - Einführung	5
4.2. Straßensozialarbeit des Bereichs Soziale Hilfen in Wohnungslosigkeit (56.3).....	6
4.3. Zukünftiges Angebotskonzept	7
4.3.1. Dezentralisierung Kontaktladen Mecki	8
4.3.2. Dezentralisierung Weiterer Angebote.....	9
4.3.3. Einbindung potentieller Neuer Angebote	10
5. Angebotskonzept zur Unterstützung Suchtkranker auf den bahnhofsnahe Plätze.....	11
5.1. Ausbau von Unterkunft und Zusammenführung mit anderen Angeboten der Suchthilfe für Obdachlose als Mittel zur Entflechtung	11
5.2. Verbesserung der Aufenthaltsqualität Fernroder Straße / „pull-Effekte“ zur Entzerrung der innenstadtnahe Plätze.....	12
5.3. Ausbau der Diamorphinambulanz (potentielles dezentrales Angebot)	13
5.4. Ergänzung und Neuausrichtung der bestehenden Straßensozialarbeit mit dem Arbeitsschwerpunkt Sucht.....	13
5.5. Geduldeter Konsum von Crack	15
5.6. Modellprojekt Cracksubstitution.....	15
6. Beleuchtungskonzept / Auftrag an die AG Prävention - Federführung 61.11	16
Skizze für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität Vorplatz Fernroder Straße.....	18
7. Genderaspekte.....	19

1. ÜBERSICHT ÜBER DIE VORGESCHLAGENEN MAßNAHMEN

(Erläuterungen siehe jeweils im folgenden Text)

1	Verlagerung Kontaktladen Mecki	
	Ziel	Verlagerung des Angebotes an einen anderen Standort in Bahnhofsnähe.
	Baustein 1	Entflechtung der Raumsituation
	Status	Die zusätzliche Nutzung der Räume in der Lister Meile ist umgesetzt
	Baustein 2	Erhöhung Sicherheit im Betrieb
	Status	Der Einsatz eines Sicherheitsdienstes ist umgesetzt.
	Baustein 3	Prüfung alternativer Standorte als Interimslösung
	Status	Wurde mit der HRG geprüft, alternative geeignete Immobilien sind aktuell nicht verfügbar.
	Baustein 4	Verlagerung des Angebotes in die Augustenstraße
Status	Inhaltliches Konzept der Diakonie liegt vor, Endabstimmung unter Federführung der Region läuft (Einbindung Land erforderlich). Informationsdrucksache ist von 56.3 erstellt worden (0030/2023). Zusätzlich wird es eine Außenfläche geben. Bauplanung: In OE 19 stehen keine Kapazitäten zur Verfügung; das Ergebnis einer externen Beauftragung wird in Kürze bekannt gegeben werden. Finanzierung: Der Baubeginn ist zeitkritisch und muss 2023 erfolgen, da städtische Mittel übertragen worden sind und die Region letztmalig Mittel in den Haushalt 2023 übertragen hat.	
2	Räumliche Entzerrung von Angeboten (wo fachlich vertretbar und steuerbar)	
	Beschreibung	Bestehende Angebote werden kontinuierlich vernetzt, die Wahl des Standortes individuell geprüft
	Status	Ist bereits in laufender Umsetzung.
3	Einbindung neuer niedrigschwelliger / ehrenamtlicher Angebote durch 56.3	
	Beschreibung	Bei neuen Angeboten wird die Auswahl des Standortes unter Einbindung des Stadtbezirksmanagement geprüft Kriterien sind: <ul style="list-style-type: none"> • Bedarf (fachlich / inhaltlich) • Notwendigkeit des Standortes bzw. räumliche Alternativen
	Status	Ist bereits in laufender Umsetzung.
4	Kombiniertes Angebot aus Bett, Substitution und Tagesstruktur	
	Beschreibung	Dezentrales Angebot in Kooperation der Suchthilfe und der Suchtmedizin
	Status	Laufende konzeptionelle Gespräche
5	Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Vorplatz Fernroder Straße	
	Beschreibung	Verbesserter Witterungsschutz und räumliche Annäherung an das Stellwerk
	Status	Grundsätzliche Bereitschaft von DB, Region Hannover und Polizei; Skizze zur Umgestaltung des Platzes liegt vor

6	Ausbau der Diamorphinambulanz auf 150 Plätze	
	Beschreibung	Verdopplung der Patient*innenzahl und deutliche Verbesserung der Aufenthaltsqualität durch Umzug
	Status	Konzept für Aufenthaltsqualität liegt vor; intensive Suche nach einer geeigneten Immobilie
7	Ausbau der städtischen Straßensozialarbeit „Arbeitsschwerpunkt Sucht“	
	Beschreibung	Ausbau von 4 Stellen; konzeptionelle Erweiterung um Case-Management und Koordination mit der Suchtmedizin
	Status	Konzeptionelle Vorbereitung
8	Modellprojekt „anlaufstelle“	
	Beschreibung	Vernetzung Straßensozialarbeit, Suchtmedizin und Psychiatrie
	Status	Erste Gespräche mit der kassenärztlichen Vereinigung; Grundlage ist außerdem die Schaffung der städtischen Straßensozialarbeit
9	Schaffung eines Crackkonsumraums mit 8 Plätzen	
	Beschreibung	Auf dem Grundstück des Stellwerks, um die dortige Infrastruktur (WC, Dusche, Essen etc.) nutzen zu können; Nähe zum Vorplatz Fernroder Straße
	Status	Hausordnung ist erarbeitet; Zustimmung von Polizei und Staatsanwaltschaft; Kooperationsvereinbarung ist formuliert und unterschriftsfähig
10	Modellprojekt „Substitution Crack“	
	Beschreibung	Beteiligung an einem in Kooperation mit anderen Großstädten; wissenschaftliche Erprobung mit Suchterkrankung, die vorrangig Crack konsumieren
	Status	Bereitschaft aus vier Bundesländern an diesem Modellprojekt teilzunehmen; Kontakt zum Bundesdrogenbeauftragten
11	Verbesserung der Orientierung auf dem Raschplatz	
	Beschreibung	Einrichtung eines Wegeleitsystems und ergänzende Beleuchtung der beiden großen Treppenaufgänge
	Status	Klärung der Finanzierung
12	Verbesserung der Beleuchtung auf dem Andreas-Hermes-Platz	
	Beschreibung	Leuchten für die Querung zur Weißbekreuzstraße und für die Rückseite des Pavillons & Kita
	Status	Umsetzung des Vorhabens im ersten Halbjahr 2023 grundsätzlich möglich, wenn Finanzierung und Unterhalt geklärt sind

2. AUFTRAG

In der Dezernentenkonferenz vom 13.07.2022 wurde der Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe / Bereich Soziale Hilfen in Wohnungslosigkeit beauftragt, unter dem Aspekt Prävention

Eine Gesamtübersicht aller stationären und mobilen sozialen Hilfsangebote im Bereich der bahnhofsnahen Plätze vorzustellen und daraus ein abgestimmtes Angebotskonzept herzuleiten. Dem mit der Drucksache Nr. 1719 / 2021 beschlossenen Gedanken einer Angebotsdezentralisierung sollte dabei ebenso Rechnung getragen werden, wie dem Anliegen einer niedrighschwelligem Zugänglichkeit.

Zur Bearbeitung dieser und anderer Arbeitsaufträge wurden unterschiedliche Arbeitsgruppen gebildet. Dezernat III (Beauftragter für Sucht und Suchtprävention und Bereichsleitung 56.3 / Soziale Hilfen in Wohnungslosigkeit) übernahmen die Leitung der AG Präsenz. Diese AG hatte die Aufträge

- **Gesamtübersicht aller stationären und mobilen sozialen Hilfsangebote im Bereich der bahnhofsnahen Plätze erstellen**
- **Konkretisierung des Angebotes eines Crackkonsumraums**
- **Prüfung geeigneter Modellprojekte für ein Substitut**
- **Beleuchtungskonzept (Federführung: Stadtplanung)**

Der folgende Bericht enthält eine Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse der AG Prävention und ergänzend die (Zwischen-) Ergebnisse zu den oben formulierten Arbeitsaufträgen der Dezernent*innenkonferenz. Schnittstellen zu den anderen Arbeitsgruppen wurden integriert, dieses betrifft insbesondere den unter dem Aspekt Präsenz formulierten Teilauftrag,

*Stärkere Präsenz von Streetworker*innen, Drogen und Suchtbeauftragten und städtischer Sozialarbeit sowie enge Abstimmung mit dem Stadtbezirksmanagement und Polizei.*

3. AUSGANGSLAGE

Wohnungslose und auch suchtkranke Menschen nutzen in jeder größeren Stadt aus unterschiedlichen Gründen die innenstadtnahen Plätze. Sie finden in der Innenstadt unter anderem Anonymität, die eine unauffällige Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht.

Die vorhandene Infrastruktur bietet Möglichkeiten zur Finanzierung des Lebensunterhaltes (Sammeln von Pfandflaschen, Verkauf von Obdachlosenzeitungen etc.) und kurze Wege zu Hilfsangeboten. Dieses ist besonders für die obdachlosen Menschen wichtig, die nur kurze Entfernungen in der Stadt zurücklegen können. Hintergrund hierfür sind gesundheitliche Probleme, das Vermeiden von „Schwarzfahren“, Probleme beim Transport der persönlichen Sachen.

Zusätzlich bietet die Innenstadt Witterungsschutz besonders im Sommer und Winter. Ein anderer Teil der Wohnungslosenszene ist mobiler, kann dezentral gelegene Angebote erreichen und nutzen.

Wohnungslosen- und Suchtszene lassen sich in der öffentlichen Wahrnehmung kaum trennen. Es gibt neben gemeinsamen inhaltlich, fachlichen Themen aber eine differenzierte Bedarfslage, eine spezifische fachliche Hilfe und teilweise deutliche Unterschiede in Handlungsansätzen und zu den erforderlichen Maßnahmen.

Die Konzentration der suchtkranken Menschen auf den bahnhofsnahen Plätzen ist nicht ausschließlich ein Ergebnis des differenzierten Hilfesystems. Neben der Verfügbarkeit von Alkohol an 365 Tagen im Jahr sind diese Plätze eine Art Wohnzimmer, um soziale Kontakte zu pflegen, ein Mittel gegen die Langeweile und ein Ort, um sich mit Drogen der unterschiedlichsten Art zu versorgen. Auch Menschen, die sich zeitweise am Tag in einer medizinischen Behandlung befinden und/oder durch diverse Angebote der Sozialarbeit betreut werden, kehren immer wieder an diese Orte zurück – um Menschen zu treffen und weil es keine Alternativen in ihrem privaten Umfeld gibt.

Die Hilfsangebote der Wohnungslosen- und Suchthilfe wurden in der Arbeitsgruppe ausführlich dargestellt.

4. ANGEBOTSKONZEPT ZUR UNTERSTÜTZUNG WOHNUNGSLOSER MENSCHEN AUF DEN BAHNHOFSTNAHEN PLÄTZEN

4.1. ANGEBOTE DER WOHNUNGSLOSENHILFE - EINFÜHRUNG

Die Unterstützung für wohnungslose Menschen umfasst verschiedene fachlich, inhaltliche Schwerpunkte mit unterschiedlichen Finanzierungsvarianten und Zuständigkeiten:

- trägerbasierte Hilfen in besonderen sozialen Lebenslagen (§§ 67 ff SGB XII); zuständig: Region Hannover / Land
- Basisangebote z.B. in der Gesundheitsversorgung (unterschiedliche Kostenträger)
- ehrenamtliche / caritative unterstützende Angebote mit Zuwendungen (Finanzierung LHH und / oder Region)
- Straßensozialarbeit der LHH und saisonale Angebote in Kooperation mit Dritten (z.B. Winternothilfe).

Wichtig ist für besonders vulnerable Gruppen, dass diese Angebote niedrigschwellig konzipiert sind, dazu gehört auch eine leichte räumliche Erreichbarkeit. In Hannover – wie auch in anderen vergleichbaren Städten – findet sich daher ein Teil der Angebote für wohnungslose Menschen im Bereich der Innenstadt, oft im direkten Umfeld des Bahnhofs.

In der unmittelbaren Bahnhofsnähe gibt es Stand Oktober 2022 folgende „**ortsfeste**“ **Angebote der Wohnungslosenhilfe (Angebote nach §§ 67 ff SGB XII)**:

- Kontaktladen Mecki der Diakonie am Raschplatz (Tagestreff, medizinische Versorgung etc.),
- Szenia - Selbsthilfe Wohnungslose im Volgersweg (Tagestreff für Frauen, Beratung etc.),
- Zentrale Beratungsstelle der Diakonie in der Berliner Allee (Tagestreff DÜK und diverse Beratungsangebote).

Im Bereich der Innenstadt haben sich zusätzlich **caritative / ehrenamtliche Angebote** etabliert.

Bezogen auf die bahnhofsnahen Plätze gibt es am Raschplatz derzeit nur ein sehr kleines Angebot, mit dem die sich dort aufhaltende Menschen punktuell und über kurze Zeiträume an einzelnen Wochentagen unterstützt werden. „Externe“ werden durch diese Angebote nicht zum Verbleib auf dem Platz motiviert.

Aufsuchende Beratung erfolgt durch Mitarbeitende:

- des Kontaktladen Mecki (Stundenanteile des Personals, Zielsetzung: Einsteuerung in die Angebote des Kontaktladens),
- des Straßenmagazins Asphalt (im fachlichen Kontext des Straßenmagazins) sowie
- durch die Straßensozialarbeit des Bereiches Soziale Hilfen in Wohnungslosigkeit / 56.3 und in Einzelfällen auch durch Beratung der Koordinierungsstelle Zuwanderung / 56.1.

Diese Angebote sind teilweise ein Bestandteil der oben beschriebenen Hilfen nach §§ 67 SGB XII, teilweise ein ergänzendes Hilfsangebot. Zur Straßensozialarbeit des Bereiches Soziale Hilfen in Wohnungslosigkeit siehe Ausführungen zu Punkt 2.

4.2. STRAßENSOZIALARBEIT DES BEREICHS SOZIALE HILFEN IN WOHNUNGSLOSIGKEIT (56.3)

Straßensozialarbeit ist eine etablierte Form der sozialen Arbeit, die mit der steigenden Wahrnehmung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in den letzten Jahren immer mehr in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt ist. Es geht inhaltlich unter anderem um

- die Unterstützung beim (Über-)Leben auf der Straße (Information über das Hilfesystem, die bestehenden Angebote und deren Erreichbarkeit),
- akute Krisenintervention (Einleitung der Rettungskette wie Notarzt, Sozialpsychiatrischer Dienst o.ä.),
- bei Bedarf Ausgabe von Kleidung und Hygieneartikeln als Soforthilfe,
- Unterstützung bei der Klärung von Leistungsansprüchen, der Beschaffung von Ausweispapieren u.ä..

Straßensozialarbeit ist ein eigenständiger Arbeitsansatz, der sich nicht nur vom Einsatzort her von anderen Beratungstätigkeiten unterscheidet. Die Klient*innen geben das Tempo vor, bestimmen Umfang und Ziel des Handelns. Eine Ausnahme von diesem Prinzip ist lediglich dann vorgesehen, wenn zur Abwendung einer konkreten Gefährdung die Einschaltung des Sozialpsychiatrischen Dienstes oder der medizinischen Notversorgung erforderlich ist.

Eine wichtige Rahmenbedingung für diese Arbeit ist Akzeptanz und Freiwilligkeit. Die Unterstützung orientiert sich an der Lebenswelt der Betroffenen und berücksichtigt deren Lebensrealität und Wahrnehmung. Psychiatrische Erkrankungen und andere erschwerende Lebensumstände finden in der Arbeit ausdrücklich Berücksichtigung und Akzeptanz. Die Angebote von Straßensozialarbeit sind für die Betroffenen freiwillig, abweichende Lebensstile werden akzeptiert.

Straßensozialarbeit bedingt einen Vertrauensaufbau zur Klientel. Dieses führt unter anderem zu der Notwendigkeit, Soziale Arbeit klar von ordnungsrechtlicher Intervention abzugrenzen. Das bedeutet nicht, dass Fehlverhalten, Lärmbelästigung oder Gewalt gegen Dritte akzeptiert werden.

Kommt es zu Störungen im öffentlichen Raum, thematisiert Straßensozialarbeit dieses mit den Betroffenen, es geht um das Werben für gegenseitiges Verständnis, die Kommunikation von Regeln und das Aufzeigen von Konsequenzen. In der Praxis gibt es eine enge Abstimmung mit dem städtischen Ordnungsdienst zu Plätzen mit Konfliktpotential und eine Information über beabsichtigte Räumung von Lagern im öffentlichen Raum.

Um die Potentiale der unterschiedlichen Fachlichkeit gut zu nutzen, ist die Rollenklarheit von Ordnungsdienst und Sozialer Arbeit wichtig. Die Erfahrungen am Weißekreuzplatz haben gezeigt, dass dieses Arbeiten in unterschiedlichen Rollen, aber mit einer engen Kooperation, sinnvoll und effektiv ist.

Eigenes Personal, das durch Stundenanteile externer Träger ergänzt wird, bietet hier die Möglichkeit, einer Steuerung und Schwerpunktsetzung der Arbeit in eigener Zuständigkeit. Dieses unterscheidet die Arbeit in der Wohnungslosenhilfe zur Suchthilfe, bei der aktuell nur externes Personal mit Stundenanteilen in der Straßensozialarbeit eingesetzt ist (siehe auch Punkt 5.4).

4.3. ZUKÜNFTIGES ANGEBOTSKONZEPT

Wohnungslose Menschen sind auf Grund Ihrer Lebenssituation und teilweise vorhandenen gesundheitlichen Einschränkungen unterschiedlich mobil. Bei einer weiteren Dezentralisierung von Angeboten ist daher zwingend zu beachten, dass Beratungs- und Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen auch künftig problemlos erreichbar sein müssen.

Gerade im Winter ist es unabdingbar, die Personen, die aus unterschiedlichen persönlichen Gründen kaum mobil sind, weiterhin zu erreichen (bzw. für diese erreichbar zu sein) um schwerwiegende Gefährdungen zu vermeiden. Es ist daher differenziert abzuwägen, welche Angebote auch weiterhin zentral erreichbar sein müssen und welche nicht.



Wichtig: Neben den oben genannten zentralen Angeboten der Wohnungslosenhilfe befindet sich bereits jetzt ein größerer Teil der Unterstützungsangebote und Beratungsstellen außerhalb der Innenstadt im gesamten Stadtgebiet. Der Eindruck, dass sich Angebote der Wohnungslosenhilfe überwiegend im Bereich um den Bahnhof räumlich konzentrieren ist daher nur bezogen auf ein bestimmtes Segment der Hilfen zutreffend.

Dezentrale Angebote bieten die Chance, die besonders durch Nutzungskonflikte belasteten innenstadtnahen Plätze zu entlasten.

Gleichzeitig müssen weiterhin Angebote für wohnungslose Menschen niedrigschwellig erreichbar sein. Wohnungslose Menschen gehören zur Stadtgesellschaft und werden auch zukünftig öffentliche Räume nutzen.

Es geht um die Minimierung von Störungen, um das Einhalten von Regeln, aber auch um Akzeptanz der Menschen in Wohnungslosigkeit als Teil der Stadtgesellschaft. Bei einer Verlagerung von Angeboten ist außerdem zu prüfen, ob dadurch bestehende Probleme an andere Plätze verlagert werden (Verdrängung der Szene zum Beispiel auf die innenstadtnahen Spielplätze). Die Arbeitsgruppe „Prävention“ hat sich unter dieser Prämisse mit den Angeboten auf den bahnhofsnahe Plätzen beschäftigt. Teilweise wurden sie auch in der Arbeitsgruppe „Präsenz“ diskutiert.

Der Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe hat entsprechend des Auftrages der Dezernent*innenkonferenz dieses Angebotskonzept unter Einbeziehung der Diskussion in den Arbeitsgruppen entwickelt. Dabei wurde der mit der DS Nr. 1719/2021 beschlossene Gedanke einer Angebotsdezentralisierung ebenso berücksichtigt, wie die Vorgabe einer weiterhin sicherzustellenden niedrigschwelligen Zugänglichkeit.

Die Hilfsangebote nach §§ 67 ff SGB XII fallen in die Zuständigkeit der Region Hannover und handeln im Auftrag des Landes Niedersachsen. Bei allen Angeboten der sog. „67er Hilfen“ (z.B. Beratungsstellen, Tagestreffs etc.) sucht der jeweilige Träger eine passende Immobilie und mietet diese an. Gleichzeitig wird über eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Region Hannover und dem Land Niedersachsen immer auch das fachliche Konzept beschrieben. Unabhängig von formellen Zuständigkeiten – und auf Grund der Bedeutung der Einrichtungen für die Stadt Hannover – besteht Einigung darüber, dass die Landeshauptstadt Hannover bei allen grundsätzlichen Fragen einzubinden ist. Eine Beteiligung der Landeshauptstadt Hannover findet regelmäßig unter fachlichen Aspekten und auf Arbeitsebene statt.

Eine aktive Rolle übernimmt die Landeshauptstadt Hannover vor dem Hintergrund des gestalterischen Anspruchs und des sozialräumlichen Handlungsbedarfs hinsichtlich des Gesamtlösungsansatz beim Thema bahnhofsnahe Plätze. In diesem besonderen Fall beteiligte sich die Stadt Hannover erfolgreich bei der Suche und Auswahl der Immobilie für den geplanten Umzug des Kontaktladen Mecki („Mecki 2.0“). Das besondere Merkmal dieser Einrichtung in der innerstädtischen Immobilie ist, dass die Stadt Hannover das Gebäude gemeinsam mit der Region Hannover nutzen und neben der Nutzung als Tagestreff auch ein neues zentrales Angebot als Not- und Tagesschlafplätze umsetzen wird.

4.3.1. DEZENTRALISIERUNG KONTAKTLADEN MECKI

Der Kontaktladen Mecki, der mit seinem niedrigschwelligen Arbeitsansatz zwingend in einer innenstadtnahen Lage angesiedelt sein muss, ist hoch frequentiert und liegt gleichzeitig in einer der problematischsten Lagen der Innenstadt.

Parallel ist eine konzeptionelle Veränderung des Angebotes dringend erforderlich, die derzeitigen Räumlichkeiten sind nicht mehr geeignet. In Planung ist daher der Umzug des Angebotes in die Augustenstraße. Die Planung dieses Angebotes umfasst auch eine in der

Vergangenheit oft gewünschte Außenfläche mit Sitzgelegenheiten, Witterungsschutz und weiteren Möglichkeiten. Dieses schafft die Grundlage, dem Kontaktladen deutlich verbesserte Rahmenbedingungen für ein an die aktuellen Bedürfnisse angepasstes Angebot zu schaffen.

Die Zuständigkeit für dieses Angebot liegt bei der Region Hannover / dem Land Niedersachsen, die LHH ist Kooperationspartnerin.

Maßnahme 1	
Ziel	Eine Verlagerung des Mecki-Ladens ist zwingend erforderlich, der neue Standort muss in unmittelbarer Bahnhofsnähe sein.
Beschreibung	Entflechtung der Raumsituation
Status	Die zusätzliche Nutzung der Räume in der Lister Meile ist umgesetzt
Beschreibung	Erhöhung Sicherheit im Betrieb
Status	Der Einsatz eines Sicherheitsdienstes ist umgesetzt.
Beschreibung	Prüfung alternativer Standorte als Interimslösung
Status	Wurde mit der HRG geprüft, alternative geeignete Immobilien sind aktuell nicht verfügbar.
Beschreibung	Verlagerung des Angebotes in die Augustenstraße
Status	<p>Inhaltliches Konzept der Diakonie liegt vor, Endabstimmung unter Federführung der Region läuft (Einbindung Land erforderlich). Informationsdrucksache wird von 56.3 erstellt.</p> <p>Bauplanung: In OE 19 stehen keine Kapazitäten zur Verfügung, eine externe Beauftragung wäre erforderlich</p> <p>Finanzierung: Der Baubeginn ist zeitkritisch und muss 2023 erfolgen, da städtische Mittel übertragen werden müssen und die Region letztmalig Mittel in den HH 2023 übertragen kann.</p>

4.3.2. DEZENTRALISIERUNG WEITERER ANGEBOTE

In den letzten Monaten wurden gemeinsam mit den Netzwerkpartner*innen und unterschiedlichen Dienststellen der LHH bereits bestehende Angebote im Umfeld der bahnhofsnahen Plätze in größerem Umfang räumlich verlagert:

- Die Lebensmittelausgabe der Obdachlosenhilfe Hannover hat einen Alternativstandort auf der Georgstraße gefunden und ist seit November in neuen Räumlichkeiten an der Podbielskistraße 102 zu erreichen.
- Die Lebensmittelausgabe von „Wir tun was“ ist an die Goseriende umgezogen.
- Der in Umsetzung befindliche Duschbus soll seinen Betrieb an unterschiedlichen Standorten aufnehmen und wird nur an einem Tag stundenweise auf dem Andreas Hermes Platz stehen und ansonsten andere Plätze nutzen. Der Betreiber hat den Pavillon aktiv in seine Planungen einbezogen. Es handelt sich um ein kleinteiliges Angebot, das keine neuen Nutzer*innen zu den innenstadtnahen Plätzen ziehen wird.
- Das Angebot von Bollerwagen e.V. ist vom Raschplatz in eigene Räumlichkeiten umgezogen.

So tragen zum Beispiel die bestehenden kleinteiligen mobilen Ausgaben von Lebensmitteln zur Stabilisierung der Lebenssituation der sich dort sowieso aufhaltenden Personen bei, diese generieren grundsätzlich keine neuen Nutzungskonflikte, sondern helfen dabei, sozial schwierige Situationen vor Ort punktuell zu verbessern.

Der Bereich Soziale Hilfen in Wohnungslosigkeit koordiniert die Angebote der ehrenamtlichen Unterstützer*innen und berücksichtigt dabei auch die räumliche Verteilung dieser Unterstützungsangebote.

Maßnahme 2	
Ziel	Niedrigschwellige Angebote für wohnungslose Menschen im Bereich der innenstadtnahen Plätze werden räumlich entzerrt soweit dieses fachlich vertretbar und sinnvoll ist
Beschreibung	Bestehende Angebote werden kontinuierlich vernetzt, die Wahl des Standortes individuell geprüft
Status	Ist bereits in laufender Umsetzung.

4.3.3. EINBINDUNG POTENTIELLER NEUER ANGEBOTE

Die Wohnungslosenszene wird auch zukünftig Veränderungen unterworfen sein, die bestehende Bedarfe verändern und neue Unterstützungsangebote erforderlich machen. Ebenso werden sich vorhandene Szenen verlagern und deren Zusammensetzung und Präsenz im öffentlichen Raum verändern.

Steuerbar ist aber die Nutzung des öffentlichen Raums durch mobile Angebote. Hier verfolgt der Bereich 56.3 im Rahmen der Netzwerkarbeit das Ziel, neue Angebote möglichst vollständig einzubinden und bei der Auswahl der Örtlichkeiten steuernd einzugreifen. Hierzu dient die folgende Maßnahme:

Maßnahme 3	
Ziel	Einbindung neuer niedrigschwelliger Angebote für wohnungslose Menschen im Bereich der innenstadtnahen Plätze durch 56.3
Beschreibung	Bei neuen Angeboten wird die Auswahl des Standortes unter Einbindung des Stadtbezirksmanagement geprüft Kriterien sind: <ul style="list-style-type: none"> • Bedarf (fachlich / inhaltlich) • Notwendigkeit des Standortes bzw. räumliche Alternativen
Status	Umsetzung ab sofort

5. ANGEBOTSKONZEPT ZUR UNTERSTÜTZUNG SUCHTKRANKER AUF DEN BAHNHOFNAHEN PLÄTZEN

5.1. AUSBAU VON UNTERKUNFT UND ZUSAMMENFÜHRUNG MIT ANDEREN ANGEBOTEN DER SUCHTHILFE FÜR OBDACHLOSE ALS MITTEL ZUR ENTFLECHTUNG

Etliche Menschen der offenen Drogenszene nehmen Angebote der Suchthilfe und-medizin wahr. Doch im Anschluss kehren sie immer wieder zum Hauptbahnhof mangels räumlicher und zeitlicher Alternativen zurück, auch um dort ihre sozialen Kontakte zu pflegen. Deshalb ist ein innovatives Angebot notwendig, welches eine Kombination bereits vorhandener Angebote unter folgendem Rahmen konzeptionell zusammenfasst:

Bett – „Stoff“ – Aufenthaltsqualität.

- **Bett:** bundesweit sind die Prognosen und Erfahrungswerte, Menschen langfristig vom Konsum illegaler Drogen abzuhalten, sehr stark von dem Angebot eines Bettes abhängig. Obdachlosigkeit destabilisiert den medizinischen Behandlungsprozess. Derzeit sind sämtliche dieser Angebote der Suchthilfe ausgelastet und führen Wartelisten. Benötigt wird eine Einrichtung mit einer Bettenkapazität für 50 Personen.
- **„Stoff“:** Mit dem Übernachtungsangebot soll sich eine Substitutionsambulanz unter einem Dach befinden. Ansonsten ist die Versuchung sehr groß, am Morgen wieder zum Hauptbahnhof zu fahren, um sich mit Drogen zu versorgen. Diese Substitution soll sich im Sinne einer niedrigschwelligen Behandlung auch an Nicht-Versicherte wenden. Die Hansestadt Hamburg hat dazu seit Beginn der Pandemie sehr gute Erfahrungen gesammelt. Inzwischen werden knapp 100 Nicht-Versicherte in der kontinuierlich versorgt.
- **Aufenthaltsqualität:** Für die Tagesstruktur und die Möglichkeit des Aufenthaltes sind Angebote und Ressourcen (Kochnische, Sport, TV, WLAN etc.) notwendig, um eine attraktive Alternative zum täglichen Verbleiben in dieser Einrichtung zu bieten und den Weg zum Raschplatz zu vermeiden. Die Diamorphinambulanz Patrida in Berlin bietet als Vorbild bei Öffnungszeiten von 12 Stunden pro Tag und an sieben Tagen die Woche neben der medizinischen Vergabe auch Möglichkeiten zur psychosozialen Betreuung, Psychotherapie, Kochnische und Beschäftigungsmöglichkeiten an. Die sehr hohe Haltequote und 100-prozentige Auslastung sind ein Beleg für das Funktionieren dieser Einrichtung.

Bislang gibt es mehrere dezentrale Angebote der Suchthilfe, die sehr gut angenommen werden, wie zum Beispiel das U.D.O. (Unterkunft drogenabhängiger Obdachloser) in Lahe, das Betreute Wohnen Substituierter in der Warstraße/Nordstadt, die Jugendwerksiedlung in Misburg, der Übergangseinrichtung der Step in der Bachstraße/Nordstadt oder die Tagesstätte der Step an der Schulenburger Landstraße/Hainholz. Das Innovative dieses neuen Ansatzes ist die Verknüpfung mit der (Sucht-)Medizin. Voraussetzung für dieses dezentrale Angebot ist eine gute Anbindung an den ÖPNV.

Maßnahme 4	
Ziel	Kombiniertes Angebot aus Bett, Substitution und Tagesstruktur
Beschreibung	Dezentrales Angebot in Kooperation der Suchthilfe und der Suchtmedizin
Status	Laufende konzeptionelle Gespräche

5.2. VERBESSERUNG DER AUFENTHALTSQUALITÄT FERNRODER STRAÙE / „PULL-EFFEKTE“ ZUR ENTZERRUNG DER INNENSTADTNAHEN PLÄTZE

Die jetzt genutzten Orte (Raschplatz/Durchgang zu Lidl und Rossmann, sowie die Damen von Messina) werden auch aufgesucht, um sich vor der Witterung zu schützen. In den Gesprächen während dieses Prozesses wurde deutlich, dass eine Entzerrung der Szenen notwendig ist. Ebenso ist als Ergebnis der Diskussionen festzuhalten, dass der Vorplatz Fernroder Straße als geduldeter Ort für die offene Drogenszene wieder verstärkt in den Fokus zu nehmen und im Abgleich mit allen anderen Plätzen dafür am ehesten zu akzeptieren ist. Außerdem bedeutet diese Verlagerung eine räumliche Annäherung mit den Angeboten des Stellwerks. Eine dauerhafte Orientierung der offenen Drogenszene, auch ohne permanenten Kontrolldruck der Ordnungskräfte, zu diesem Platz hängt ganz wesentlich von der Aufenthaltsqualität ab!

Die aktuelle Aufenthaltsqualität auf dem Vorplatz ist besonders in Bezug auf die Anzahl von Sitzplätzen und den Schutz vor Witterung (Sonne, Regen) zu verbessern. Bislang gibt es dort 24 Sitzplätze mit insgesamt drei kleinen Dächern, wobei die Dächer die Anforderung als Witterungsschutz nicht erfüllen. Es sind weitere Dächer notwendig, die an der Stütz wand des Gleises 14 angebracht werden und jeweils Sitzmöglichkeiten anbieten. Die DB hat dazu ihre grundsätzliche Zustimmung gegeben, verbunden mit der Bitte einer statischen Belastungsprüfung. Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität sollen zwei der Unterstände auch einen seitlichen Schutz vor dem Wind bekommen. Eine Skizze, die in einem gemeinsamen Gespräch mit der Polizei und dem Leiter des Stellwerks geführten Gespräches favorisiert wurde, ist die am Ende des Textes angehängte sog. Variante 1.

Angedacht für die Beschwerden in Bezug auf die Geruchsbelästigung ist ein temporärer Einsatz des Duschbus (inkl. eines WC's) auf dem Vorplatz. Dieses kann für eine tageweise Entlastung sorgen, weil der Duschbus auch für andere Orte vorgesehen ist. Hierzu laufen noch Abstimmungsgespräche mit dem Anbieter (siehe auch Punkt 4.3.2).

Herausfordernd ist eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität, die aber nur temporär genutzt werden kann, weil der Gleisbau 15/16 fast den kompletten Vorplatz einnehmen wird. Für das Gelingen dieses Aspektes ist eine sinnvolle und zeitliche Abstimmung zwischen Kontrolldruck und Baumaßnahmen notwendig.

Maßnahme 5	
Ziel	Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Vorplatz Fernroder Straße
Beschreibung	Verbesserter Witterungsschutz und räumliche Annäherung an das Stellwerk
Status	Grundsätzliche Bereitschaft von DB und Polizei; Skizze zur Umgestaltung des Platzes liegt vor

5.3. AUSBAU DER DIAMORPHINAMBULANZ (POTENTIELLES DEZENTRALES ANGEBOT)

Die Diamorphinambulanz mit der Vergabe von synthetischem Heroin mit einem Wirkgehalt von 98,5% in der Odeonstraße bietet eine wichtige Alternative im Bereich der Substitution. In den letzten zwei Jahren ist es den Ärzt*innen und der Sozialarbeit dieser Ambulanz gelungen, Menschen, die sich rund um den Hauptbahnhof befinden, für die heroingestützte Substitution zu gewinnen. Inzwischen ist die Anzahl der Patient*innen für die derzeitigen räumlichen Kapazitäten mit knapp 80 Personen erreicht.

Durch einen Umzug besteht die Möglichkeit, sowohl die Zulassung der Kassenärztlichen Vereinigung für 150 Patient*innen auszuschöpfen und gegenüber heute fast zu verdoppeln, als auch eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität zu schaffen. Der Betreiber möchte ein Angebot analog zu der Patrida-Ambulanz in Berlin mit 600qm etablieren.

Trotz intensiver Suche ist bislang keine entsprechende Immobilie gefunden worden. Eine neue Immobilie in der Innenstadt ist nicht zwingend notwendig. Bei einem Standort in einem angrenzenden Stadtteil ist aber eine gute ÖPNV-Anbindung unbedingt erforderlich.

Maßnahme 6	
Ziel	Ausbau der Diamorphinambulanz auf 150 Plätze
Beschreibung	Verdopplung der Patient*innenzahl und deutliche Verbesserung der Aufenthaltsqualität durch Umzug
Status	Konzept für Aufenthaltsqualität liegt vor; intensive Suche nach einer geeigneten Immobilie

5.4. ERGÄNZUNG UND NEUAUSRICHTUNG DER BESTEHENDEN STRAßENSOZIALARBEIT MIT DEM ARBEITSSCHWERPUNKT SUCHT

Diese beiden unter 5.1 und 5.3 beschriebenen Maßnahmen können wesentlich zu einer Dezentralisierung und Entlastung des öffentlichen Raumes führen. Trotzdem zeigen die Erfahrungen der letzten vier Jahrzehnte hier in Hannover und auch aus vielen deutschen Großstädten, dass es eine Gruppe von suchtkranken bzw. obdachlosen Menschen geben wird, die sich trotzdem auf bahnhofsnahen Plätzen aufhalten. Dafür ist nach wie vor das Angebot der Straßensozialarbeit im Sinne einer zugehenden Hilfe unverzichtbar. Im Rahmen des DK-Auftrages wurden sämtliche ambulanten und stationären Angebote der Wohnungslosen- und Suchthilfe aufgelistet.

Für den Bereich der Suchthilfe findet zwar an vier Werktagen Streetwork statt. Dabei gibt es aber strukturelle Defizite:

- Verschiedene Träger (Step, Neues Land, La Strada, Asphalt) beteiligen sich mit einem kleinen Stundenkontingent an dieser Arbeit. Dadurch sind Angebote der harm reduction (Schadensminimierung) wie ein Spritzentausch und die Weitergabe von Informationen möglich. Durch die hohe personelle Fluktuation und der Tatsache von maximal 90 Minuten pro Einsatz ist der Aufbau einer Beziehungsarbeit, der für die Vermittlung in Hilfsangebote dringend notwendig ist, nicht zu leisten. Im Rahmen des stationären Ausbaus der Suchthilfe in den letzten zwei Jahrzehnten hat die Straßensozialarbeit ein Schattendasein geführt. Ihre Wichtigkeit hat sich während der Pandemie gezeigt. Die Hauptaufgabe soll zukünftig die Vermittlung in das Suchthilfe- und das medizinische

System sein. Eine städtische Trägerschaft der Straßensozialarbeit verhindert Interessenskonflikte einzelner Träger bei der Vermittlung geeigneter Hilfsangebote.

- Die Suchtmedizin ist zu hochschwellig!
Es gibt zwar Zugänge der Hilfesuchenden zur Medizin. Feste Telefonzeiten für die Anmeldung, weite Wege und das aggressive Werben der Dealer verhindern letztendlich den Weg in die Behandlung. Damit die Straßensozialarbeit die Chance hat ihren Auftrag zu erfüllen, ist ein direkter Zugang für sie zum medizinischen System unbedingt mit der Ärztekammer abzusprechen. In der Praxis laufen Medizin und Sozialarbeit parallel und haben kaum Berührungspunkte zueinander. Jede Profession bearbeitet jeweils einen Teilaspekt.

Maßnahme 7	
Ziel	Ausbau der städtischen Straßensozialarbeit „Arbeitsschwerpunkt Sucht“
Beschreibung	Ausbau von 4 Stellen; konzeptionelle Erweiterung um Case-Management und Koordination mit der Suchtmedizin
Status	Konzeptionelle Vorbereitung

Um diese beiden Aspekte „Straßensozialarbeit“ und „Suchtmedizin“ besser zu vernetzen, wird ein Modellprojekt für eine „Anlaufstelle“ in Bahnhofsnähe vorgeschlagen, in denen beide Professionen mittels einer Kooperationsvereinbarung zusammenarbeiten. Durch eine Ansprache von festen Personen im Rahmen der Straßensozialarbeit kann eine Vertrauensbasis für weitere Hilfen entstehen. Wichtig ist ein unmittelbarer Zugang zur Suchtmedizin, wenn eine Krankheitseinsicht besteht.

Außerdem ist eine Vernetzung mit der Psychiatrie notwendig, denn die Crackabhängigkeit äußert sich besonders durch psychische Krankheitsbilder. Deshalb ist eine Kooperationsvereinbarung zwischen Suchtmedizin, LHH, den psychiatrischen und suchtmmedizinischen Abteilungen in Wunstorf, Langenhagen und Wahrenndorff notwendig. Diese „Anlaufstelle“ muss eine niedrigschwellige Substitution, eine (Tages)Aufenthaltsqualität sowie psychiatrisch-allgemeinmedizinische Hilfe anbieten.

Ebenfalls entscheidend ist die Begleitung und Überleitung der Abhängigen in weiterführende Hilfen, die wirklich weiterführend sind. Insofern ist dieses neue Modellprojekt eines, dass in Bahnhofsnähe beginnt und im weiteren, nicht unterbrochenen Verlauf die suchtkranken Menschen an dezentrale Orte weitervermittelt. Um diese Arbeit leisten zu können, bedarf es des Aufbaus eines Netzwerkes und einer entsprechenden Koordination, um auch verpflichtende weitere Hilfen zu veranlassen und zu entscheiden.

Die Träger der Suchthilfe und der Medizin haben eigene wirtschaftliche Interessen. Deshalb ergibt es Sinn, wenn die (Straßen-)Sozialarbeit und die Koordination in städtischer Hand liegt, um Interessenskollisionen zu vermeiden. Sozialarbeit in diesem Modellprojekt versteht sich sowohl als aufsuchende Arbeit wie auch als Case-Management.

Maßnahme 8	
Ziel	Modellprojekt „anlaufstelle“
Beschreibung	Vernetzung Straßensozialarbeit, Suchtmedizin und Psychiatrie
Status	Erste Gespräche mit der kassenärztlichen Vereinigung; Grundlage ist außerdem die Schaffung der städtischen Straßensozialarbeit

5.5. GEDULDETER KONSUM VON CRACK

In Gesprächen mit der Step wurde ein Konzept entwickelt und ein Standort für den geduldeten Konsum von Crack gefunden. Nach Auskunft des Sozialministeriums ermöglicht die aktuelle Drogenkonsumraumverordnung einen Konsumraum für Crack. In Gesprächen mit der Polizei haben die Behördenleitungen der Polizei und der Staatsanwaltschaft eigene Vorstellungen in das Konzept eingearbeitet und eine grundsätzliche Zustimmung gegeben.

Neben dem Stellwerk wird es auf dem Grundstück ein Angebot für 8 Konsumplätze geben. Die Öffnungszeiten orientieren sich an denen des Druckraums und betragen 62 Stunden an sieben Tagen. Das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) sieht momentan ausschließlich den Einzelkonsum vor. Polizei, Träger und Stadt bewerten in regelmäßigen Abständen die Wahrnehmung dieses Angebotes.

Maßnahme 9	
Ziel	Schaffung eines Crackkonsumraums mit 8 Plätzen
Beschreibung	Auf dem Grundstück des Stellwerks, um die dortige Infrastruktur (WC, Dusche, Essen etc.) nutzen zu können; Nähe zum Vorplatz Fernroder Straße
Status	Hausordnung ist erarbeitet; Zustimmung von Polizei und Staatsanwaltschaft; Kooperationsvereinbarung ist formuliert und unterschriftsfähig

5.6. MODELLPROJEKT CRACKSUBSTITUTION

Bei einem Mischkonsum mit Heroin gibt es gute Behandlungschancen mit Diamorphin. Zu Beginn dieser Substitution gelingt es nach einer kurzen Einstellungsphase häufig, den Konsum von Crack zu vermeiden. Anders sieht es bei Abhängigen aus, bei denen Crack die dominante Droge ist. Dort fehlt derzeit ein medizinisches Angebot für eine Substitution.

Die Hansestadt Hamburg bei der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden eine Beschlussvorlage für ein wissenschaftliches Modellprojekt zur medikamentengestützten Behandlung bei Kokain- bzw. Crackabhängigkeit eingebracht, die von Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hessen mitgetragen werden wird. Die Stadt Hannover ist ebenfalls bereit, sich an diesem Modellprojekt zu beteiligen.

Im Koalitionsvertrag der Stadt Frankfurt am Main steht die Initiierung eines Modellprojektes zur Behandlung von Menschen mit einer Crackabhängigkeit mit medizinischem Cannabis bei gleichzeitiger Teilnahme am verhaltenstherapeutischen Programm KISS und an tagesstrukturierenden Maßnahmen. Hauptfragestellung ist, ob die Teilnehmenden durch die Behandlung mit medizinischem Cannabis ihren Crackkonsum während der 12 Monate Projektbeteiligung reduzieren.

Um eine wissenschaftliche Evidenz zu erzielen, sucht Frankfurt die Kooperation mit anderen Großstädten. Hannover hat dazu die Bereitschaft signalisiert, sich an diesem Modellprojekt zu beteiligen.

Insgesamt gibt es bei einigen Bundesländern und Kommunen den Willen neue Wege auszuprobieren. Dazu gibt es auch in Berlin zunehmend eine Offenheit und Gesprächsbereitschaft.

Maßnahme 10	
Ziel	Beteiligung an einem Modellprojekt Substitution in Kooperation mit anderen Großstädten
Beschreibung	Wissenschaftliche Erprobung mit Suchterkrankung, die vorrangig Crack konsumieren
Status	Antragstellung aus vier Bundesländern (Hamburg, Bremen, NRW und Hessen) für ein solches Modellprojekt; grundsätzliche Bereitschaft, dass sich Hannover beteiligt, ist erfolgt; grundsätzliche Unterstützung des BMG

6. BELEUCHTUNGSKONZEPT / AUFTRAG AN DIE AG PRÄVENTION - FEDERFÜHRUNG 61.11

Die Analyse und Formulierung des Handlungsbedarfs zum Beleuchtungskonzept erfolgte, aufgrund ihrer unterschiedlichen Voraussetzung und Nutzung, jeweils für die einzelnen Plätze:

Weißekreuzplatz

Im Ist-Zustand wird kein weiterer Bedarf für eine Beleuchtung gesehen. Dies ändert sich, wenn dort zusätzlich temporäre Maßnahmen (Sport, Kultur etc.) angeboten werden die einer ergänzenden Beleuchtung bedürfen. Dann ist die Beleuchtung ggf. den jeweiligen Situationen anzupassen (Einzelfallprüfung).

Raschplatz

Die Grundbeleuchtung ist ausreichend. Außerdem hat die HRG in ihrem Bereich eine durchgehende Beleuchtung umgesetzt. Besonders für Ortsunkundige empfiehlt sich die Einrichtung eines Wegeleitsystems, da die Durchquerung des Platzes zu ganz unterschiedlichen Zielen möglich ist. Auch die beiden großen Treppenaufgänge werden abends und in der Nacht als dunkle Wand wahrgenommen. Hilfreich ist eine ergänzende Beleuchtung der Treppen, die möglicherweise auch in Form einer Lichtkunst erfolgen kann.

Maßnahme 11	
Ziel	Verbesserung der Orientierung auf dem Raschplatz
Beschreibung	Einrichtung eines Wegeleitsystems und ergänzende Beleuchtung der beiden großen Treppenaufgänge
Status	Klärung der Finanzierung

Damen von Messina

66.31.1 hat in der DS 15-1582/2022 S1 eine Planung zum Umbau dieses Teilbereiches vorgelegt, der vom Bezirksrat Mitte beschlossen worden ist und im ersten Halbjahr 2023 umgesetzt wird. In diesem Rahmen werden unter anderem zwei zusätzliche Standleuchten errichtet, ein weiterer Bedarf für eine Beleuchtung wird nicht gesehen.

Andreas-Hermes-Platz

Zur verbesserten Querung des Platzes in West-Ost-Richtung, parallel zum Hotel, wird vorgeschlagen, 2-3 zusätzliche Standleuchten aufzustellen. Die Anzahl hängt von der Lichtberechnung durch Enercity ab. Eine Kostenschätzung, die sich auf 12.000 bis 15.000 Euro (Material und Einbau) beläuft, wird derzeit vom FB 67 überprüft und konkretisiert. Die Federführung obliegt dem FB 67.



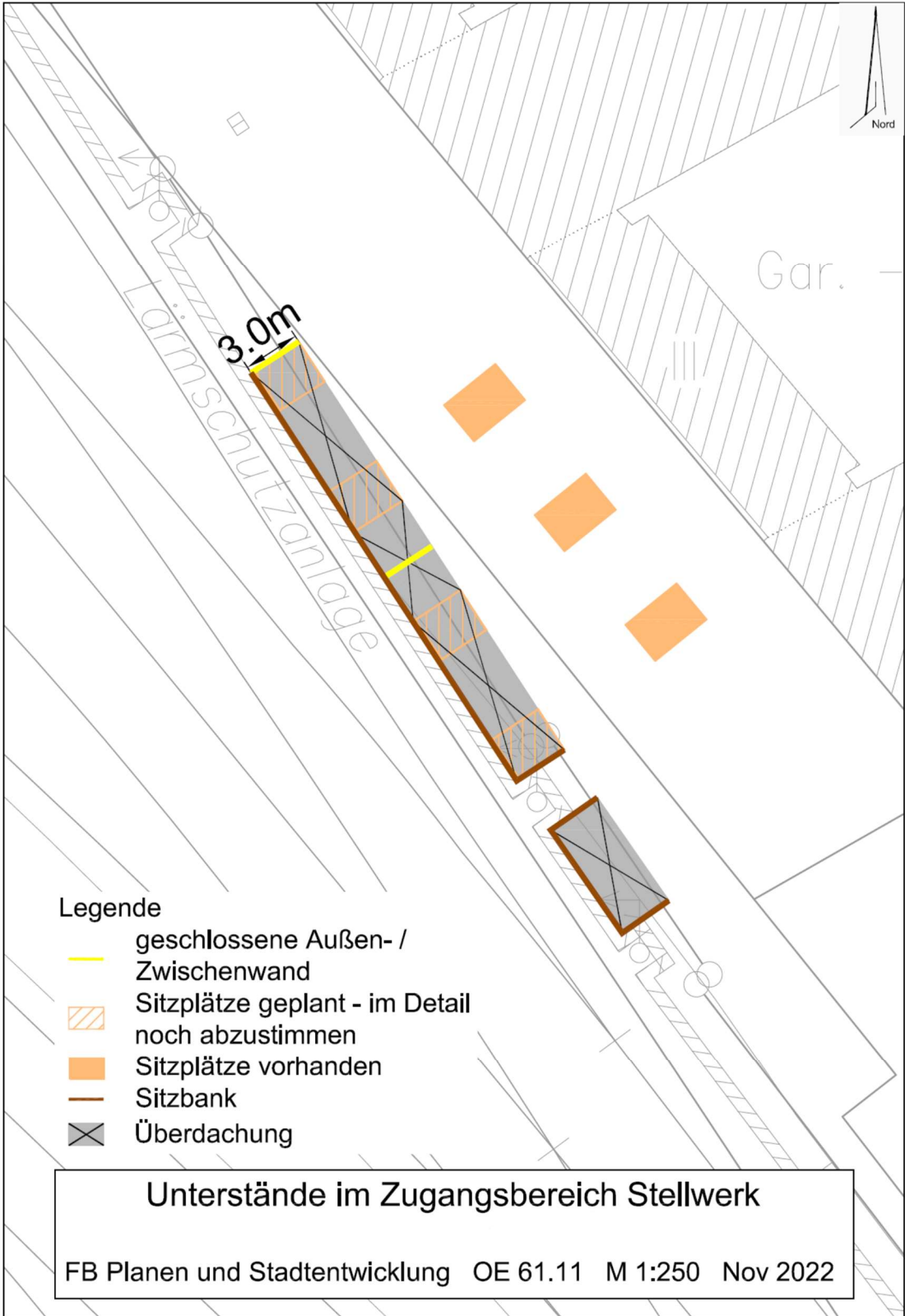
Beleuchtungskonzept Andreas-Hermes-Platz

Gelb = defekte Beleuchtung am Pavillon

Blau = zwei bis drei neue Standleuchten zur Ausleuchtung der Wegebeziehung zur Weißekreuzstraße (Position in Abbildung sind Platzhalter, genaue Lage ist noch durch OE 67 festzulegen)

Maßnahme 12	
Ziel	Verbesserung der Beleuchtung auf dem Andreas-Hermes-Platz
Beschreibung	Leuchten für die Querung zur Weißekreuzstraße Hinweis: Die Leuchten auf der Rückseite des Pavillons waren bei der Besichtigung defekt und werden durch OE 19 kurzfristig ausgetauscht.
Status	Umsetzung des Vorhabens im ersten Halbjahr 2023 grundsätzlich möglich, wenn Finanzierung und Unterhalt geklärt sind

Skizze für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität Vorplatz Fernroder Straße



7. GENDERASPEKTE

Die in diesem Papier enthaltene Situationsanalyse, die beschriebenen Maßnahmen und konzeptionellen Überlegungen beziehen Geschlechteraspekte ein. Dieses betrifft zum Beispiel die besonders prekäre Situation wohnungsloser Frauen, die oft in verdeckter Obdachlosigkeit leben oder die besondere Gefahr durch gewaltgeprägte Lebensumstände.

Die beschriebenen Maßnahmen 1 bis 10 werden – falls eine Realisierung beschlossen wird – in der weiteren Bearbeitung die besonderen Bedarfe von Frauen konzeptionell / inhaltlich einbeziehen.

Plätze mit schlechter Beleuchtungssituation oder unübersichtlicher Gestaltung sorgen insbesondere bei Frauen für ein erhöhtes Angstgefühl. Die Maßnahmen 11 und 12 nehmen diese Thematik auf und bieten bei einer Realisierung verbesserte Rahmenbedingungen.

29.11.2022

Frank Woike, Dez III Beauftragter Sucht und Suchtprävention

Marion Feuerhahn, 56.3 Soziale Hilfen in Wohnungslosigkeit

Gerlinde Hublitz, 61.11 Fachbereich Planen und Stadtentwicklung (für den Textbeitrag 6/Beleuchtungskonzept)